Kreisrat Dr. Helmut Muck

Vertretung für Herrn Dr. Hans Michael Stock-
hammer

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1 Kreishaushalt 2018; Vorberatung des Einzelplanes 4 und der Unterabschnitte 2051 und 7500 (soziale Sicherung/Sozialwesen)
(Beschl. Nr. 5)

Landrat Dr. Karl Döhler eröffnet um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Beschluss Nr. 5/öffentlich

Kreishaushalt 2018; Vorberatung des Einzelplanes 4 und der Unterabschnitte 2051 und 7500 (soziale Sicherung/Sozialwesen)

Berichtersteller: Söllner, Manfred

Vortrag:

Sachverhalt:

Seit dem Haushaltsjahr 2005 ist der Einzelplan 4 durch eine neue Haushaltssystematik unübersichtlicher als vorher, da die den überörtlichen Sozialhilfeträger (Bezirk Oberfranken) betreffenden Haushaltsstellen nicht mehr in gesonderten Unterabschnitten ausgewiesen sind. Nach der neuen Haushaltssystematik erfolgt eine Unterscheidung nur noch nach Hilfearten, aber nicht mehr nach dem Kostenträger. Die Ausgaben im Bereich des überörtlichen Sozialhilfeträgers werden jedoch vom Bezirk Oberfranken erstattet. Es wird deshalb bei der Darstellung der Entwicklung der Haushaltsansätze gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen auf den vom Landkreis zu tragenden Zuschussbedarf abgestellt.

Anmerkung:

Bei den im Einzelplan 2 unter HHSt. 2051.6322 aufgeführten Ausgaben von 8.500 € handelt es sich um die Kosten für die Verarbeitung der Ausbildungsförderung (BaföG) bei der AKDB. Diese Ausgaben sind dem Fachbereich Sozialwesen zugeordnet, da die BaföG-Anträge hier bearbeitet werden.

1. Im Einzelnen ergibt sich in den den Fachbereich Sozialwesen betreffenden Unterabschnitten (UA) des Verwaltungshaushaltes des Einzelplanes 4 folgender Zuschussbedarf:
 - 1.1 Im Bereich der Verwaltung der Sozialhilfeverwaltung (UA 400, früher UA 401 bis 402) steigt der geplante Zuschussbedarf im Jahr 2018 gegenüber dem Jahr 2017 um 50.000 € und liegt damit bei 60.400 €. Grund dafür ist, dass die Einplanung der Kosten für die Fortschreibung des schlüssigen Konzeptes für die Kosten der Unterkunft erforderlich ist. Weiter ist die erforderliche Ausstattung für die neu geschaffene Stelle der „Wohnberatung“ mit 4.000 € eingeplant.
Bei den bei HHSt. 4000.5400 veranschlagten Ausgaben in Höhe von 40.000 € handelt es sich um die Kosten für den im Rahmen der Betreuung der dezentral untergebrachten Asylbewerber eingesetzten Hausmeisterdienst. Diese Kosten werden im Rahmen der „Hausmeisterpauschale“ (eingeplant im Personalhaushalt des Landkreises) von der Regierung erstattet.
 - 1.2 Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (UA 410) sinkt der Zuschussbedarf nach Haushaltsansätzen gegenüber dem Vorjahr um 10.000 € auf 401.000 € im Jahr 2018.

Personen die zwar erwerbsunfähig, aber dies nicht auf Dauer sind, erhalten Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese nicht dauernde Erwerbsunfähigkeit wird durch ein Gutachten des Rentenversicherungsträgers festgestellt.

Die aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre erwartete erhebliche Steigerung der Fallzahlen ist nicht eingetreten, so dass der Ansatz auf HHSt 4101.7351 in gleicher Höhe beibehalten werden kann. Ferner erwarten wir eine Erhöhung des Kostenersatzes und der Erstattung Unterhaltspflichtiger (insgesamt 10.000 €).

- 1.3 Im Bereich der Hilfe zur Pflege (UA 411) kann der eingeplante Zuschussbedarf 2018 gegenüber dem Vorjahr um 106.900 € auf 14.100 € gesenkt werden, da ab März 2018 ein Zuständigkeitswechsel zum Bezirk erfolgt. Im Rahmen der Delegation erfolgt die Sachbearbeitung allerdings weiter (zumindest bis Ende 2018) beim Landratsamt.
- 1.4 Im UA 412 (Eingliederungshilfe für behinderte Menschen) ergibt sich kein Zuschussbedarf, da der Bezirk Oberfranken zuständig ist. Evtl. vom Landkreis zu gewährende Leistungen werden deshalb vom Bezirk Oberfranken erstattet.
- 1.5 Im Bereich der Hilfen zur Gesundheit (UA 413) steigt der Zuschussbedarf 2018 gegenüber dem Vorjahr um 7.000 € und liegt bei 63.000 €.

Durch das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung („Gesundheitsreform“) haben nicht wie in der Öffentlichkeit dargestellt alle Personen ohne Krankenversicherungsschutz einen Anspruch auf Aufnahme in eine Krankenversicherung, so dass an diesen Personenkreis auch weiterhin Hilfen zur Gesundheit geleistet werden müssen.

Ein weiterer Grund ist u.a., dass aus dem Kreis der Kontingentflüchtlinge bei den Empfängern von Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt eine Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen ist, da auch dieser Personenkreis Anspruch auf Hilfen zur Gesundheit hat.

- 1.6 Der Zuschussbedarf nach Haushaltsansätzen 2018 im Bereich der sog. Hilfen in anderen Lebenslagen - z.B. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe - (UA 414) erhöht sich nach unserer Einschätzung ggü. dem Vorjahr um 17.300 €. Alleine im Bereich der vom Landkreis zu tragenden Bestattungskosten (UA 4148) erwarten wir aufgrund der Entwicklung im vergangenen Jahr eine Erhöhung um 11.000 €.

Im Bereich der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (UA 4141 bis 4143) wird kein Haushaltsansatz gebildet, da hierfür seit 2008 keine Ausgaben mehr angefallen sind.

- 1.7 Im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (UA 415) fällt durch die Übernahme der Ausgaben durch den Bund kein Zuschussbedarf des Landkreises mehr an.
- 1.8 Die Leistungen für Asylbewerber (UA 420 bis 423 und 4242) werden zu Lasten des Freistaates Bayern erbracht, ein Zuschussbedarf fällt somit nicht an, da die vom Landkreis ausgegebenen Gelder erstattet werden.

Ob die Ansätze ausreichend sein werden, kann aufgrund der Zahl der dem Landkreis zugewiesenen Asylbewerber nicht garantiert werden.

- 1.9 Bei den Hilfen für Asylbewerber im UA 4241 (früher UA 429) handelt es sich um die Leistungen im Rahmen Bildung und Teilhabe. Aufgrund der Zahl der Anträge im vergangenen Jahr kann eine Reduzierung des Ansatzes um 5.000 € auf 15.000 € vorgenommen werden.
- 1.10 Bei der Kriegsofopferfürsorge (UA 440 bis 443) fallen voraussichtlich keine Ausgaben an.
- 1.11 Im Bereich der Förderung der Wohlfahrtspflege im UA 470 bleibt der voraussichtliche Zuschussbedarf 2018 bei 9.000 €. 8.000 € dieses Betrages entfallen auf einen Zuschuss für die Suchtberatung an die Diakonie Hochfranken. Auch Landkreis und Stadt Hof beteiligen sich in gleicher Höhe.
- 1.12 Absoluter Ausgabeschwerpunkt des Haushalts im Bereich der Sozialen Sicherung mit mehr als 50 % der Gesamtausgaben und knapp 86 % des Zuschussbedarfs bleibt die Grundsicherung für Arbeitssuchende („Arbeitslosengeld II“) im UA 482. Allein in diesem Bereich errechnet sich für 2018 ein Zuschussbedarf von 4.947.400 €. Dies bedeutet eine Erhöhung des Zuschussbedarfs gegenüber den ursprünglichen Ansätzen in 2017 um 87.400 € oder rund 1,8 %.

Die Leistungsgewährung in diesem Bereich erfolgt durch das Jobcenter bzw. durch das Kreisjugendamt. Auf die zu gewährenden Leistungen haben die Berechtigten einen Rechtsanspruch, deshalb haben auch Jobcenter und Kreisjugendamt nur begrenzte Steuerungsmöglichkeiten. Der voraussichtliche Ausgabemittelbedarf wurde vom Geschäftsführer des Jobcenters mitgeteilt sowie mit dem Kreisjugendamt abgestimmt.

Nach Mitteilung des Jobcenters wird für 2018 von einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs ausgegangen. Mit einer Steigerung des BIP um 1,9 % in diesem und um 1,7 % im kommenden Jahr wird gerechnet. Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Region werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 1,5 % steigen.

Die Effekte der Flüchtlingszuwanderung auf die jahresdurchschnittliche Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten könnten dabei allerdings bis zu einer Steigerung von 3,1 % führen. Dies würde nach den Erfahrungen der Vergangenheit zu einer Erhöhung der Leistungen für Unterkunft und Heizung von 6,2 % führen.

Die Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II (HHSt. 4820.6901) wurden mit 8.200.000 € veranschlagt. Das sind 700.000 € Ausgaben mehr als im Vorjahr. In diesem Betrag sind auch die Kosten für Wohnungsbeschaffung, Kautions, Umzüge etc. enthalten, die früher gesondert veranschlagt waren.

Der Ansatz der Kosten für die sog. flankierenden Leistungen (HHSt. 4820.6921) bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 350.000 €; davon entfallen 250.000 € auf die Kosten der Kinderbetreuung für SGB-II-Leistungsempfänger, die vom Kreisjugendamt gewährt werden und auf die bei Vorliegen der Voraussetzungen ein Rechtsanspruch besteht.

Der Haushaltsansatz für die einmaligen Beihilfen nach § 24 Abs. 3 SGB II (HHSt. 4820.6931) muss nach Mitteilung des Jobcenters aufgrund der Ausgabenentwicklung des vergangenen Jahres um 55.000 € auf 280.000 € erhöht werden.

Die eingeplante Summe der Bundeserstattung (HHSt. 4820.1911) beträgt 4.042.600 €, das sind rund 697.600 € mehr als im Vorjahr.

Zu berücksichtigen ist bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende noch die zu erwartende Ausgleichszahlung aus dem Bayer. Belastungsausgleich zu „Hartz IV“. In den Bayer. Belastungsausgleich fließen allerdings nicht alle Ausgaben des UA 4820 ein, weiterhin werden den Belastungen teilweise nur fiktive Einsparungen gegengerechnet und nicht zuletzt ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar, ob die im „Ausgleichspool“ vorhandenen Mittel ausreichen werden, um die Belastungen aller bayerischen Kommunen auszugleichen. Die Einnahme aus dem Bayer. Belastungsausgleich wird von der Kreiskämmerei auf der Haushaltsstelle 0.9000.0920, d. h. außerhalb des hier vorliegenden Haushaltsteiles „Soziale Sicherung“ eingeplant. Mit dem Eingang der Zahlung für 2018 ist erst im Haushaltsjahr 2019 zu rechnen.

1.13 Im Bereich der Krankenversorgung nach § 276 LAG (UA 4901) ist kein Ansatz mehr nötig.

1.14 Der Ansatz für Bildung und Teilhabe im UA 496 bleibt unverändert bei 120.000 €. Weiterhin eingeplant sind je 30.000 € für die „Fachstelle für pflegende Angehörige“ und eine zu schaffende Stelle für „Lebensberatung“, so dass der Zuschussbedarf dieses UA 180.000 € beträgt.

1.15 Im UA 497 sind für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz) in den letzten Jahren keine Ausgaben angefallen, so dass auf einen Ansatz verzichtet werden kann. Unabhängig davon werden die Ausgaben vom Freistaat Bayern in voller Höhe erstattet.

1.16 Ergebnis Verwaltungshaushalt des Einzelplans 4 (Sachgebiet Sozialwesen):
Der Haushaltsvoranschlag 2018 schließt somit im Verwaltungshaushalt des Einzelplans 4, soweit er die Soziale Sicherung im Bereich des Fachbereichs Sozialwesen betrifft, mit 17.419.800 € in den Ausgaben und mit 11.657.400 € in den Einnahmen ab und weist damit einen Zuschussbedarf in Höhe von 5.762.400 € aus. Das bedeutet gegenüber den Haushaltsansätzen für 2017 eine Erhöhung des Zuschussbedarfs von 99.800 € oder rund 1,7 %.

Unberücksichtigt ist noch die zu erwartende Ausgleichszahlung aus dem Bayer. Belastungsausgleich (siehe oben).

2. Die Haushaltsansätze für den Unterhalt der KZ-Gräber im Verwaltungshaushalt, Einzelplan 7, Unterabschnitt 7500, verändern sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Einen Auszug aus dem Haushaltsplan des FB 22 – Sozialwesen hat jedes Gremiumsmitglied vor der Sitzung erhalten.

Herr Manfred Söllner erläutert auf Anfragen einzelne Unterabschnitte und beantwortet in einer Aussprache verschiedene Fragen der Gremiumsmitglieder.

Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird empfohlen, im Rahmen der Haushaltsberatungen den den Fachbereich „Sozialwesen“ betreffenden Teil des Kreishaushaltes 2018 (Einzelplan 4, Unterabschnitte 2051 und 7500) in der vorgelegten Form zu beschließen.

einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG

Dr. Karl Döhler
Landrat

Ronja Wunderlich
Niederschriftführer/in